

**LIBERAL**  
**.NRW**

01  
21

**KICK OFF**

**MITMACH-PARTEI STARTET  
PROGRAMMPROZESS**

Das FDP-Magazin von Partei und Fraktion in Nordrhein-Westfalen

**Pandemiegesezt**

Parlament stärken

**Corona-Pandemie**

Joachim Stamp im Gespräch

**Schule**

Digitalisierung vorantreiben

**Liebe Leserinnen und Leser,**

der Auftakt in das Superwahljahr ist für die FDP mit den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gut gelungen. Das zeigt: Als eigenständige Kraft geben uns die Bürgerinnen und Bürger ihr Vertrauen.

Während andere immer stärker den Staat nutzen wollen, um Wirtschaft und Gesellschaft zu lenken, vertrauen wir auf die Eigenverantwortung der Menschen. Wir wollen den Wohlstand und die Soziale Marktwirtschaft sichern. Dazu braucht es Innovation, Offenheit für Technologien, Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen und mit einer guten Idee ins unternehmerische Risiko zu gehen. Auch beim Klimawandel setzen wir auf Wissenschaft und Zukunftstechnologien, statt auf Verbote und Askese. Bei der Digitalisierung ist die FDP seit Jahren Treiber. In der Pandemie wurden die Defizite im digitalen Bereich von der Verwaltung bis zu den Schulen überdeutlich. In NRW haben wir bereits viele Lücken geschlossen, es liegt aber noch viel Arbeit vor uns. Wir sind Reformkraft – das nehmen auch Akteure in Gesellschaft und Wirtschaft wahr.

Die FDP ist und bleibt die Partei der Freiheit und der Bürgerrechte. Wir haben zu keinem Zeitpunkt die Gefahr durch das Covid19-Virus kleingeredet. Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass es neben den gesundheitlichen Gefahren weitere Risiken gibt: für die Bildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen, für Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Existenz von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen immer wieder abwägen zwischen dem Schutz des Gesundheitssystems vor Überlastung und Einschnitten in die Grundrechte. Als Entscheidungsgrundlage reicht der alleinige Blick auf die Inzidenzwerte nicht aus. Wir brauchen eine breitere Betrachtung des Infektionsgeschehens.

Den Schwung der ersten Landtagswahlen werden wir in die nächsten Monate mitnehmen und auch im Bundestagswahlkampf deutlich machen, dass es einen Unterschied macht, wenn die FDP mitregiert. Für NRW ist unser Ziel klar: Wir wollen auch nach der Landtagswahl die erfolgreiche Zusammenarbeit der NRW-Koalition aus FDP und CDU fortsetzen.

Ihr

Christof Rasche

[christof-rasche.de](http://christof-rasche.de)[facebook.com/christofrasche](https://facebook.com/christofrasche)[twitter.com/chris\\_rasche](https://twitter.com/chris_rasche)[christof.rasche](https://christof.rasche)**CHRISTOF RASCHE**Vorsitzender der  
FDP-Landtagsfraktion**IMPRESSUM****Herausgeber:**FDP-Landesverband NRW und  
FDP-Landtagsfraktion NRW**Redaktion:**verantwortlich für Inhalt und Seiten des  
Landesverbandes: Mirco Rolf-Seiffert;  
verantwortlich für Inhalt und Seiten der  
Landtagsfraktion: Nadja Wilkins**Anschrift der Redaktion:**FDP NRW, Wolfgang-Döring-Haus,  
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,  
nrw@fdp.de;  
FDP-Landtagsfraktion NRW,  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
fdp-fraktion@landtag.nrw.de**Verlag:**

Liberaler Wirtschafts-Dienstleistungs GmbH

**Redaktionsschluss:**

16. März 2021

**Gestaltungskonzept, Layout und Satz:**LOCKVOGEL – Werbenest Hamburg,  
Hütten 82, 20355 Hamburg**Gedruckt auf:**Umschlag: Circle Offset – IGEPA;  
Innen: Holmen TRND – IGEPA**Druck und Produktion:**Beisner Druck GmbH & Co. KG,  
Müllerstr. 6, 21244 Buchholz**FÜR UNSERE ZUKUNFT**Die LIBERAL.NRW wird  
aus nachhaltigen Papier-  
produkten hergestellt.Unsere Papierauswahl ist  
FSC®-zertifiziert.**UND WAS BEDEUTET DAS?**Weitere Informationen rund um das  
Thema FSC®-Zertifizierungen können  
Sie online nachlesen unter:  
[www.fsc-deutschland.de](http://www.fsc-deutschland.de)

# Drei Fragen an Joachim Stamp

**Die Pandemie beschäftigt unser Land nun bereits über ein Jahr. Was hat es mit dem Phasenmodell auf sich, das Sie vorgeschlagen haben?**

**Stamp:** Wir brauchen einen anderen Umgang mit der Pandemie. Das heißt, dass wir wegkommen müssen von einer reinen Inzidenzbetrachtung. Ich habe deswegen für ein Phasenmodell geworben, das mehr Indikatoren für das Pandemie-Geschehen in den Blick nimmt. Damit und mit vielen anderen guten Vorschlägen der Freien Demokraten haben wir uns mit Nachdruck für einen anderen Umgang mit der Pandemie eingesetzt. Dass es einen bundesweiten Strategiewechsel hin zu einem Phasenmodell mit Notbremse gab, ist auch ein Erfolg unserer Beharrlichkeit. Diese Notbremse sollte übrigens zielgenau angewandt werden - und nicht flächendeckend. Auf dieser Grundlage und mit den Chancen, die die Verfügbarkeit von Schnell- und Selbsttest bietet, sind Öffnungen verantwortbar. Denn klar ist: Jede Einschränkung muss permanent gerechtfertigt werden, sonst kommen wir in eine völlige Schiefelage.

**Warum haben Sie sich zudem dafür eingesetzt, Beschäftigte an Schulen und Kitas früher zu impfen?**

**Stamp:** Die Pandemie hat Familien und Kinder besonders hart getroffen, daher lag es mir als Familienminister besonders am Herzen, dass wir den Alltag der Kinder so wenig wie irgendwie möglich einschränken - zumal sie bekanntermaßen keine Pandemietreiber sind. Es war daher richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Kitas zu keinem Zeitpunkt komplett geschlossen haben. Dennoch bleibt die Pandemie für Familien eine große Herausforderung. Das Vorziehen der Impfung für einen Teil der Lehrerinnen und Lehrer sowie Beschäftigte in der Kindertagesbetreuung war daher ein Befreiungsschlag für Beschäftigte und Familien - und auch für unsere ganze Gesellschaft. Dies darf jetzt durch die Unterbrechung der Impfung nicht gefährdet werden.

**Wie sehen Sie die Rolle der Bundesregierung in den letzten Monaten?**

**Stamp:** Durch die Bundesregierung ist viel zu viel Zeit verloren worden. Zu Recht weist unsere Bundestagsfraktion seit Monaten in aller Deutlichkeit auf dieses eklatante Managementversagen hin. Die Impfstoffbeschaffung ist viel zu langsam gelaufen und bei den Tests wurde viel angekündigt und wenig schnell vorangebracht. Damit ist vor allem auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Krisenpolitik insgesamt aufs Spiel gesetzt worden. Und auch die versprochenen und dringend notwendigen Wirtschaftshilfen sind nicht so geflossen, wie es notwendig gewesen wäre. Damit wurden viele Menschen in großer Not im Regen stehen lassen, was verständlicherweise bei den Betroffenen zu großem Unmut führt.

Wichtig ist aber vor allem, dass wir Freie Demokraten nicht nur kritisieren, sondern ganz konkret eigene Vorschläge machen, was zu tun ist und wie die Dinge besser laufen können - und das auch in Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen umsetzen. Für diesen sachlichen Kurs arbeiten wir konzentriert weiter. ■

**Dr. Joachim Stamp,**  
Landesvorsitzender der FDP NRW  
sowie Minister für Kinder, Familie,  
Flüchtlinge und Integration  
und stellvertretender  
Ministerpräsident des Landes  
Nordrhein-Westfalen





**HENNING HÖNE**  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
FDP-Landtagsfraktion  
[henning.hoene@landtag.nrw.de](mailto:henning.hoene@landtag.nrw.de)

# PARLAMENT STÄRKEN

**Krisen sind Zeiten der Exekutive heißt es oft. Das ist bei einer kurzfristigen Naturkatastrophe richtig, aber in der Pandemie, die sich über viele Monate zieht, müssen Parlamente in Entscheidungen über Eingriffe in die Grundrechte einbezogen werden. Der Landtag Nordrhein-Westfalen berät aktuell über die Novelle des Pandemiegesetzes, die diesem Anspruch gerecht wird.**

„In der Pandemie ist schnelles Handeln der Regierung notwendig, jedoch darf das nicht dazu führen, dass verfassungsrechtliche Prinzipien dauerhaft ausgehebelt werden. Je länger die Pandemie andauert, umso mehr müssen Grundrechtseingriffe gesetzlich legitimiert werden. Umso mehr müssen Parlamente enger eingebunden werden und Verantwortung übernehmen“, erläutert Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion. Bereits im Spätsommer gab es dazu erste Überlegungen in der FDP-Landtagsfraktion. Im November hat die Fraktion in einem Positionspapier Vorschläge zur Weiterentwicklung des Pandemiegesetzes gemacht. Die gesetzlich festgeschriebene Evaluation am Jahresende 2020 war dafür der geeignete Zeitpunkt.

Über den juristischen Aspekt hinaus hat eine stärkere parlamentarische Beteiligung auch einen hohen politischen und gesellschaftlichen Wert. Höne: „Viele Menschen tragen die Schutzmaßnahmen grundsätzlich mit. Sie haben aber Fragen und auch Zweifel an einzelnen Entscheidungen. Für Fragen und Zweifel reichen die Pressekonferenzen der Kanzlerin am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz nicht aus.“ Ganz anders das Parlament. In einer Parlamentsdebatte werden auch kritische Fragen aufgeworfen, es wird der Querschnitt der Meinungen gehört. „Die Bevölkerung kann sehen, wie sehr die Politik um die beste Lösung ringt. Das stärkt die Akzeptanz für Schutzmaßnahmen“, unterstreicht Höne.

Der Gesetzentwurf von FDP und CDU bindet das Parlament künftig bereits vor Festlegung von Maßnahmen ein. Die Landesregierung soll dem Landtag NRW kontinuierlich über die pandemische Lage, die Wirksamkeit bestehender Maßnahmen sowie die geplanten Maßnahmen berichten. Das kann schriftlich erfolgen, um die zeitliche Belastung für die Exekutive zu reduzieren. „Im Plenum sollen zeitlich befristete Pandemische Leitlinien beschlossen werden, die als Richtschnur für die Regierung gelten beim Beschluss von konkreten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Damit ist die legislative Willensbildung Grundlage für die Verordnungen. Damit vollziehen wir einen Paradigmenwechsel zur bisherigen Situation“, sagt Höne.

Das Infektionsschutzgesetz des Bundes räumt den Landesregierungen sehr viel Handlungsspielraum ein. Der Gesetzentwurf der NRW-Koalition ist die bundesweit weitgehendste Regel zur Beteiligung eines Parlaments innerhalb dieses Korridors. „Die Initiative steht im deutlichen Kontrast zur Situation im deutschen Bundestag, wo die regierungstragenden Fraktionen und sogar die Grünen als Opposition eine Debatte über Beschlüsse der Kanzlerin mit den Länderchefs verhindert haben“, unterstreicht Höne. ■

# BÜROKRATIE ABBAUEN

**Nordrhein-Westfalen ist gemessen am Bruttoinlandsprodukt die größte Volkswirtschaft aller deutschen Bundesländer. Seit Regierungsantritt setzt sich die NRW-Koalition dafür ein, die damit einhergehenden Chancen zu nutzen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in NRW zu verbessern. Dem Bürokratieabbau kommt dabei eine besondere Rolle zu. Dazu hat Nordrhein-Westfalen jetzt auch eine Initiative für Entfesselung auf Bundesebene vorgelegt.**

Die NRW-Koalition hat seit 2017 mit fünf Entfesselungspaketen neue Wachstumsimpulse gesetzt. Mit der Abschaffung der Hygiene-Ampel oder der Modernisierung des Ladenöffnungsgesetzes setzte die FDP in Regierungsverantwortung Teile des Koalitionsvertrags für eine spürbare Entlastung der nordrhein-westfälischen Betriebe zügig um. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Ralph Bombis erklärt: „Wir befreien Unternehmen von wirtschaftlichen Fesseln und entfachen neue Innovationskräfte. Seit der Regierungsübernahme haben wir gezeigt, dass der Abbau von überflüssigen Vorschriften und die Vereinfachung von Verfahren wichtige wirtschaftliche Potenziale freisetzen. Über 40 Gesetze, Erlasse, Verordnungen sind bereits weggefallen. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist es wichtig, dass wir diesen entfesselnden Weg weitergehen.“

Mit einer Bundesratsinitiative hat Nordrhein-Westfalen jetzt den Anstoß für eine bundesweite Entschlackung von Regelungen gegeben. „Ganz Deutschland kann von den Erfahrungen mit Bürokratieabbau aus NRW profitieren“, ist Bombis überzeugt. 48 Maßnahmen schlägt die NRW-Koalition vor, auch um die Konjunktur nach der Corona Krise wieder in Schwung zu bringen. Das Entlastungsprogramm schlägt unter anderem vor, ein Belastungsmoratorium für Unternehmen zu schaffen und die Verdienstgrenze für Minijobs von 450 Euro auf 530 Euro anzuheben. Zusätzlich sollen Verwaltungsverfahren auf Bundesebene beschleunigt und vereinfacht werden. Ralph Bombis lobt die Bundesratsinitiative: „Dieser Maßnahmenkatalog zeigt, wie auf Bundesebene konjunkturelle Impulse gesetzt werden können, ohne dass dabei zusätzliche Kosten entstehen.“ ■



**RALPH BOMBIS**

Wirtschaftspolitischer  
Sprecher der FDP-Landtagsfraktion  
[ralph.bombis@landtag.nrw.de](mailto:ralph.bombis@landtag.nrw.de)

## EINIGE MASSNAHMEN ZUM BÜROKRATIE- ABBAU IN DIESER WAHLPERIODE:

- Überarbeitung des **Tariftreu- und Vergabegesetzes**
- Abschaffung der **Hygiene-Ampel**
- Einführung der **elektronischen Gewerbeanmeldung**
- Möglichkeit der **bedarfs-gerechten Ausweisung von Siedlungs- und Wohnflächen** durch Kommunen
- Schaffung von vereinfachten und effizienteren **Planungs- sowie Genehmigungs-verfahren**
- Modernisierung des **Ladenöffnungsgesetzes**
- Vereinfachung von Verfahren beim **Ausbau von erneuerbaren Energien**

## LANDESVERBAND

## DREIKÖNIGSTREFFEN

Freie Demokraten  
mit Dreikönigstreffen ins  
Superwahljahr gestartet

Zum Auftakt ins Superwahljahr fand das traditionelle Dreikönigstreffen erstmals digital statt. Dabei standen – in diesem Jahr auch sichtbar – die Werte der Freien Demokraten im Mittelpunkt. Christian Lindner machte mit Blick auf die anstehenden Wahlen klar: „Wir sind bereit zur Übernahme von Verantwortung für unser Land. Mehr noch: Wir haben Lust auf Gestaltung. Wir haben Lust darauf, nach dem Ende der Ära Merkel am nächsten Kapitel unseres Landes mitzuschreiben.“

Der Bundesvorsitzende beschrieb die Chancen des Landes mit einem Neugründungsimpuls nach der Überwindung der Pandemie: „Wir glauben, dass bei der Neugründung unseres Landes der Gedanke der Liberalität wieder im Zentrum stehen muss. Und zwar in einem umfassenden Sinne. Liberalität der Gesellschaft, Liberalität der Wirtschaft. Diese Pandemie hat eins gezeigt: wie wertvoll die Freiheit in einem umfassenden Sinne und in jedem Bereich unserer Gesellschaft ist.“ ■

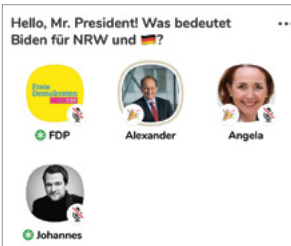
Christian Lindner, Bundesvorsitzender  
der Freien Demokraten

## LANDESVERBAND

## CLUBHOUSE

Die Menschen treffen sich mittlerweile auf einigen verschiedenen sozialen Plattformen digital. Eine weitere ist dazugekommen: Im „Clubhouse“ begegnen sich Interessierte zu

Audio-Gesprächsrunden – teilweise vor Tausenden Mithörenden, die aber auch nur einen Klick davon entfernt sind, selbst mitdiskutieren zu können. Auch Vertreterinnen und Vertreter der FDP NRW haben die Chance direkt genutzt, um mit den Menschen in Dialog zu treten. So widmeten sich die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Angela Freimuth und Alexander Graf Lambsdorff gemeinsam mit Generalsekretär Johannes Vogel der Frage, was der neu gewählte US-Präsident für NRW und Deutschland bedeutet. Es entwickelte sich ein spannender Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, viele weitere hörten zu. Fortsetzung folgt! ■



## LANDESVERBAND

## AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION



von Dr. Marie-Agnes  
Strack-Zimmermann,  
verteidigungspolitische  
Sprecherin der  
FDP-Bundestagsfraktion

10 liberale Forderungen zur  
Zukunft der Bundeswehr:

In den letzten Wochen standen die Bundeswehr und insbesondere das Bundesverteidigungsministerium wieder besonders im Fokus – wie so oft leider nicht positiv. Sei es die chaotische Suche nach einem neuen Sturmgewehr oder widerrechtliche Munitionsamnestien beim Kommando Spezialkräfte (KSK), es läuft einfach nicht rund. Wir Freie Demokraten wollen das endlich ändern und haben fundierte Reformpapiere zur Zukunft der Streitkräfte und des KSK vorgelegt. Der Generalinspekteur muss aufgewertet und auf angemessener Ebene mit der politischen Führung agieren. Das BMVg muss gestrafft und verkleinert werden. Das KSK muss zu einem einzelnen Spezialkommando mit einem Nationalen Direktor zusammengefasst werden, um auch international auf Augenhöhe operieren zu können. Wir Freien Demokraten werden unserem Ruf als „Serviceopposition“ auch in diesem Bereich gerecht. ■

## LANDESVERBAND

## AKTIENRENTE



Johannes Vogel, arbeitsmarkt- und rentenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

## Gesetzliche Aktienrente einführen

Mitte Februar haben Johannes Vogel und Christian Dürr in der Bundespressekonferenz ihr Konzeptpapier für eine Gesetzliche Aktienrente vorgestellt. „Durch die Gesetzliche Aktienrente erhalten die Bürgerinnen und Bürger langfristig mehr Rente – ohne dafür mehr Geld aufwenden zu müssen als im heutigen System“, erklärt Johannes Vogel. Der Vorschlag sieht vor, in der ersten Säule der Altersvorsorge neben der umlagefinanzierten Rente eine auf Aktien basierende, kapitalgedeckte Vorsorge zu schaffen. „Durch unser Modell erwerben endlich gerade auch Geringverdiener Eigentum für die Altersvorsorge. Und durch eine Entlastung des Umlagesystems wird die Rente weniger abhängig vom demographischen Wandel und Rentenfinanzen und Staatsfinanzen bleiben bezahlbar für die Jüngeren“, so Johannes Vogel. ■



Weitere Informationen zur Aktienrente:



## LANDESVERBAND

## AUS DER BUNDESTAGSFRAKTION

## Aufstieg statt Abstiegskampf – Deutschland fit machen für Aufholwettbewerb

Corona heißt auch: Geschlossene Betriebe kämpfen um die Existenz. Investitionen werden zurückgestellt. Der Konsum ist verhalten. Unser Wohlstand ist bedroht.

Doch nach der Pandemie wird es weltweit Nachholeffekte geben: Maschinen werden erneuert, längst geplante Investitionen endlich getätigt, Prozesse digitalisiert. Davon können deutsche Unternehmen und Arbeitsplätze profitieren. Doch werden sich alle großen Volkswirtschaften ihr Stück von diesem Kuchen abschneiden wollen. Wir laufen daher auf einen weltweiten Aufholwettbewerb zu.

Deutsche Unternehmen sind für diesen Aufholwettbewerb gut gerüstet. Doch die deutsche Politik hinkt hinterher. Überall auf der Welt verbessern Regierungen die Wettbewerbsfähigkeit: Frankreich senkt etwa die Unternehmenssteuern, die USA und China haben das bereits getan. Deutschland diskutiert stattdessen neue Steuern wie etwa die Vermögenssteuer. Daher arbeitet die FDP-Bundestagsfraktion permanent an Konzepten, um Deutschland fit zu machen für den Aufholwettbewerb der großen Volkswirtschaften. ■

Zum Papier der FDP-Bundestagsfraktion: „Aufstieg statt Abstiegskampf – wie wir Deutschland fit für den Aufholwettbewerb nach der Pandemie machen“



Dr. Marco Buschmann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion

LANDESVERBAND

PROGRAMMPROZESS



# KICKOFF



## ZUM PROGRAMMPROZESS | ZUR LANDTAGSWAHL 2022

Der Startschuss für den Programmprozess zur Landtagswahl 2022 fiel mit dem digitalen Kickoff Anfang Februar. Pandemiebedingt kamen die über 200 Mitglieder virtuell zusammen und sammelten gemeinsam erste Ideen für das Programm. Zu Beginn begrüßten Joachim Stamp und Johannes Vogel die Teilnehmenden aus dem in der Landesgeschäftsstelle eingerichteten Studio. Beide unterstrichen, wie wichtig es ist, dass sich die besten Ideengeber – die Mitglieder selbst – wieder in den Prozess einbringen. Dazu sei neues Denken gefragt, so Johannes Vogel. Joachim Stamp rief dazu auf, Denkschablonen fallen zu lassen und frei zu denken.

Im Anschluss daran kamen alle Teilnehmenden in insgesamt acht digitalen Kreativwerkstätten, moderiert von Petra Franke, Maria Westphal, Tina Pannes und Wulf Pabst, zusammen. Hierbei sammelten die Mitglieder ihre Ideen zum Thema zunächst auf einer digitalen Pinnwand und stellten diese im Anschluss vor. Eine Bewertung der verschiedenen Ideen fand zum Abschluss der jeweiligen Kreativwerkstätten in einer digitalen Abstimmung statt. Alle Ideen und Vorschläge fließen nun in den kommenden Prozess ein.

Diese erste Phase der Ideensammlung soll mit Ideenlaboren auf dem Landesparteitag

abgeschlossen werden. In der zweiten Phase sollen konkret Ideen auf Grundlage eines ersten Werkstattpapiers weiter diskutiert werden – unter anderem im Rahmen des Parteiprogrammatischen Wochenendes und einer Mitgliederumfrage. Der Prozess endet in der dritten Phase mit der Formulierung und Diskussion des Beschlussentwurfes, der dann im November vom Landesparteitag beschlossen werden soll.

**Das Wichtigste dabei ist:** Als Mitmach-Partei bieten die Freien Demokraten damit allen Mitgliedern einmal mehr umfassende Beteiligungsmöglichkeiten. Deswegen: Nutzen Sie diese Chance und bringen Sie sich ein! ■



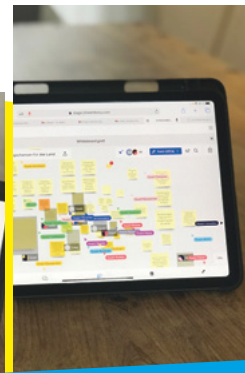
X Beste Bildungschancen für das Land

X Offene Gesellschaft



X Unser Land: innovativ und digital

X Open Space



X Unser Land: mobil und nachhaltig

X Starke Wirtschaft, starkes Land



X Politik, die rechnen kann

X Unser Land: frei und sicher



# Fach **Wirtschaft-Politik** stärkt die Gesellschaftsbildung in den Schulen

*„Ich bin fast 18 und hab keine Ahnung von Steuern, Miete oder Versicherungen. Aber ich kann ‘ne Gedichtsanalyse schreiben. In 4 Sprachen.“*

Dieser Tweet aus dem Jahr 2015 hatte die Debatte um mehr ökonomische und Verbraucherbildung in unseren Schulen beschleunigt und den Finger in eine seit Jahren klaffende Wunde gelegt. Dieser Hilferuf kam nicht von Wirtschafts- oder Arbeitgeberverbänden, sondern direkt aus der Herzkammer: von unseren Schülerinnen und Schülern. Ein Bildungsverständnis, das den Menschen in seiner Gesamtheit in den Mittelpunkt stellt, ist sinnvoll. Wir Freie Demokraten setzen dabei auch auf wirtschaftliche Grundkenntnisse des Alltags, um Schülerinnen und Schüler auf ihr zukünftiges Leben als mündige Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft vorzubereiten. Armut fällt nicht vom Himmel, das stimmt. Der beste Schutz gegen Armut ist eine vielseitige Schulbildung, die auf Lebenswirklichkeiten vorbereitet und junge Menschen befähigt, sich selbst zu verwirklichen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Im Jahr 2018 stufte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform 1,58 Millionen Menschen unter 30 Jahren in Deutschland als überschuldet ein. Mit 18 Jahren dürfen sie Smartphones, Fernseher und Konsolen auf Pump kaufen, unkompliziert und direkt an der Ladenkasse. Welche Risiken und langfristigen Verpflichtungen dahinter stehen, merken sie oft erst, wenn es schon zu spät ist.

Ziel der FDP ist es, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes und glückliches Leben vorzubereiten. Sie sollen sich in ihren vielen Rollen gut zurechtfinden und die nötigen Kompetenzen erwerben, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst mitzugestalten. Neben mündigen und kompetenten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wollen wir eben auch, dass junge Menschen ihre Rechte und Pflichten als Verbraucherinnen und Verbraucher kennen, Verkaufsstra-

**Franziska Müller-Rech** ist schulpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Sie wurde 1985 in Bonn geboren und gehört seit 2017 dem Landtag an.



LANDTAGSFRAKTION  
GASTBEITRAG

tegien in der Konsumgesellschaft durchschauen und Einflüsse von Werbung auf Kaufentscheidungen verstehen können – in der analogen und digitalen Welt.

Im Jahr 2014 endete der Schulversuch „Wirtschaft an Realschulen“ – 75 % der Lehrkräfte, 87 % der Eltern und 72 % der Schülerinnen und Schüler wünschten sich eine Fortsetzung des Schulfachs Wirtschaft. Allein die damalige rot-grüne Landesregierung überzeugte diese Zahlen nicht. Warum sie den Schulversuch trotz der überwältigenden Resonanz jäh eingestampft hat, bleibt bis heute ihr Geheimnis.

Zum Schuljahr 2019/20 und 2020/21 haben wir an den erfolgreichsten Schulversuch in der Geschichte des Landes angeknüpft und das Schulfach Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 eingeführt. Damit erreichen wir alle Schülerinnen und Schüler aller Schulformen – auch die, die schon nach dem mittleren Abschluss in die Ausbildung starten. Zur Einführung des neuen Schulfaches haben wir die Stundenanzahl im Bereich der Geisteswissenschaften insgesamt erhöht. Es werden also keine Stundenanzahlen anderer Fächer gekürzt, sondern auch die wichtige politische Bildung wird nachhaltig gestärkt. Trotz der Umbenennung des Faches erhalten wir den Dreiklang aus politischer, soziologischer und ökonomischer Bildung. Auch das Fach „Sozialwissenschaften“ in der Oberstufe bleibt unberührt.

Konsequenterweise zieht die neue Ausrichtung des Schulfachs auch eine Anpassung des zugehörigen Lehramtsstudiums mit sich. Denn schließlich ist es doch nur logisch, die Lehramtsstudierenden auf die neuen Inhalte und Lehrpläne vorzubereiten. Wir profilieren den Studiengang „Sozialwissenschaften“ daher neu und benennen ihn in „Wirtschaft-Politik“ um. Genau wie im Schulfach bleibt auch der Studiengang interdisziplinär und vereint politische, soziologische und ökonomische Bildung. Wer heute Sozialwissenschaften auf Lehramt studiert oder studiert hat, erfüllt alle Voraussetzungen, um auch das neue Schulfach „Wirtschaft-Politik“ zu unterrichten – verpflichtende Fortbildungen wird es nicht geben. Die Klarstellung des Schulministeriums wurde auch von der Lehrgewerkschaft GEW gelobt. Es gibt keinen Grund, dass sich Lehrkräfte und Lehramtsstudierende der Sozialwissenschaften um ihre Zukunft sorgen müssen. Die rein ideologisch motivierte Kampagne von SPD und Grünen schürt unbegründete Angst. ■

LANDTAGSFRAKTION  
NRW HAUSHALT IN ZAHLEN



**Lebenswerte Städte und bezahlbarer Wohnraum** sind wichtige Anliegen und machen unser Land attraktiv. Deshalb fließen im kommenden Jahr 640 Millionen Euro für Wohnungs- und Städteförderung.

Euro für Städte- und Wohnungs-  
förderung

# 640 Mio.

## NRW in Zahlen – Landeshaushalt 2021



Zuwachs  
seit 2016

# +18%

**Priorität für Bildung.** Der Schulhaushalt mit mehr als **20 Milliarden Euro** ist der größte Einzelplan im Landesetat (rund 84 Milliarden Euro). In Regierungsverantwortung steigern wir die Anstrengungen der Bildungsfinanzierung unserer Schulen Jahr für Jahr.

**Solide Finanzen** bleiben für die Freien Demokraten trotz und gerade wegen der Corona-Pandemie eine Frage der Generationengerechtigkeit. Anders als im Bund und in der EU werden die **Ausgaben auf die Höhe der Mittelfristigen Finanzplanung vor Corona begrenzt.**



# +38%

Ausgaben  
für die Polizei  
seit 2016

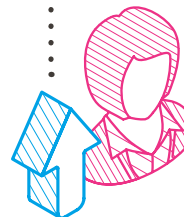
Unser Rechtsstaat gilt in jedem Winkel unseres Landes. Deshalb **stärken wir unsere Polizei** sowohl durch moderne Ausstattung und Schutzausrüstung als auch personell; in diesem Jahr haben **2500 Kommissaranwärter ihre Ausbildung begonnen** – so viele wie nie zuvor.



**RALF WITZEL**

Haushaltspolitischer Sprecher  
der FDP-Landtagsfraktion  
[ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

„Die Bekämpfung der Corona-Pandemie stellt eine große Herausforderung dar. Dazu hat das Land einen Rettungsschirm von 25 Milliarden Euro gespannt. Während wir die aktuelle Krise managen, wollen wir aber die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. Dazu gehört, die Investitionen in Kernbereichen weiter zu verstärken und zugleich die Bewältigung der Zinslast und Verschuldung der Vergangenheit im Blick zu halten.“

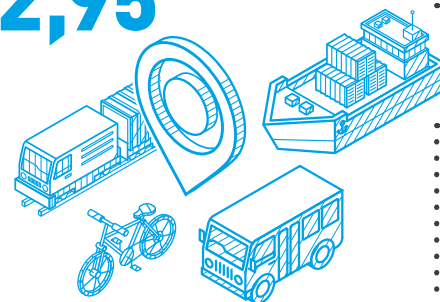


Beste Bildung beginnt damit, dass Unterricht stattfinden kann. **Wir unterstützen die Schulen, indem wir im Jahr 2021 rund 2.750 zusätzliche**

**Stellen für Lehrerinnen und Lehrer schaffen.** Damit stärken wir unter anderem die Grundschulen, die das Fundament für Bildungserfolg legen.

**Zukunftsfähige Infrastruktur** ist für unseren Wirtschaftsstandort unerlässlich. Zudem möchten wir, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Mobilität selbst entscheiden können. Deshalb investieren wir in den **Erhalt und Ausbau** von Verkehrsinfrastruktur und Mobilität.

# 2,95 Milliarden Euro



**Digitale Verwaltung, stabiles Netz im Homeoffice oder Künstliche Intelligenz:** Digitalisierung hat viele Facetten. Das Land stellt im Haushalt 2021 rund 675 Millionen Euro für dieses Zukunftsthema bereit.

Euro für  
diese Zukunfts-  
technologie

# 675 Mio.

## LANDESV ERBAND

AUS DER LANDESV ERREGIERUNG

**DIGITALE BÜRGERBETEILIGUNG FÜR EINE OFFENE UND INNOVATIVE VERWALTUNGSKULTUR**

Mit der neuen Plattform „Beteiligung.NRW“ plant das nordrhein-westfälische Digitalministerium ein zentrales Bürgerbeteiligungsportal für die Behörden der Landesverwaltung in NRW in Kooperation mit dem Freistaat Sachsen. „Mit dem zentralen Beteiligungsportal setzen wir ein klares Zeichen für eine offene und innovative Verwaltungskultur“, erklärt Digitalminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. „Ich freue mich sehr, dass wir dafür mit dem Freistaat Sachsen zusammenarbeiten und das Portal gemeinsam weiterentwickeln werden.“ Dies sei ein hervorragendes Beispiel für eine länderübergreifende Kooperation bei der Digitalisierung der Verwaltung. ■

**NEUE AUSSENWIRTSCHAFTS-STRATEGIE NORDRHEIN-WESTFALENS ORIENTIERT SICH AN FÜNF MEGATRENDS**

Um die Wirtschaft des Landes international bestmöglich aufzustellen, wird Nordrhein-Westfalen die Außenwirtschaftsstrategie zukünftig nicht mehr länder-, sondern themenbezogen ausrichten. „Dabei richten wir uns an den fünf Megatrends unserer Zeit aus: **Globalisierung, Digitalisierung, Neo-Ökologie, Komplexität und dem neuen Thema der Pandemien und Naturkatastrophen**“, erklärt Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart. „Damit stärken wir die Stärken Nordrhein-Westfalens weiter – und setzen wichtige Impulse für die gesamte nordrhein-westfälische Wirtschaft.“ ■

**BESSERER SCHUTZ VOR SEXUELLEM KINDESMISSBRAUCH**

Nordrhein-Westfalen verstärkt die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und hat nun als **erstes Bundesland eine Landesfachstelle zur Prävention eingerichtet**. „Wir wollen unsere Kinder und Jugendlichen vor diesen abscheulichen Verbrechen besser schützen“, so Familienminister Joachim Stamp. Die Landesfachstelle bietet neben Informationen, Fortbildungen und Beratungen eine Vernetzung von Fachkräften und Einrichtungen aus dem Bereich des Kinderschutzes. ■

**PROGRAMM FÜR OGS-HELPERINNEN UND OGS-HELPER STARTET**

In Nordrhein-Westfalen kommen künftig OGS-Helferinnen und OGS-Helfer zum Einsatz. Mit einer finanziellen Unterstützung im Umfang von rund 30 Millionen Euro startet das Land das **„Helferprogramm für die Ganztags- und Betreuungsangebote“ in Corona-Zeiten**, um Grund- und Förderschulen im offenen bzw. gebundenen Ganztag zu unterstützen. Alle Grundschulen mit offenem Ganztag und alle Förderschulen mit offenem und gebundenem Ganztag erhalten vom Land für alle rund 370.000 Schülerinnen und Schüler, die ein Ganztags- und Betreuungsangebot besuchen, eine Pauschale. Schul- und Bildungsministerin Yvonne Gebauer: „Die neuen OGS-Helferinnen und OGS-Helfer sind ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Grundschulen und der Förderschulen. **Unser Helferprogramm unterstützt und entlastet das Personal bei den so wichtigen Ganztags- und Betreuungsangeboten**. Der offene Ganztag ist aus dem Alltag vieler Kinder und ihrer Familien nicht mehr wegzudenken. Die OGS bietet einen verlässlich strukturierten Tagesablauf für Schülerinnen und Schüler und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben. Gerade in Zeiten der Pandemie ist diese Sicherheit und Beständigkeit für Kinder und Eltern wichtiger denn je.“ Um die Angebote des Offenen Ganztags in Corona-Zeiten aufrechtzuerhalten, mussten organisatorische Anpassungen vorgenommen werden, um Hygienekonzepte und Infektionsschutzmaßnahmen umzusetzen. Durch diese erforderlichen Maßnahmen entsteht für das Personal eine erhöhte Arbeitsbelastung.

**Übrigens:** Das erfolgreiche Kita-Helfer-Programm wird bis zum Ende des Kita-Jahres verlängert. ■



Weitere Infos:  
ich-helfe-mit.nrw



Archivfoto

# Perspektiven für das Rheinische Revier

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist beschlossene Sache. Nordrhein-Westfalen als Energieland Nr. 1 hat dabei besondere Herausforderungen zu bewältigen, geht als größtes Industrieland beherzt voran und will die Energiewende zur Jahrhundertchance für den Standort NRW machen. Im Herbst hat Wirtschafts- und Energieminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart den Entwurf einer neuen Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlerevier im Landtag vorgestellt und damit den Startschuss gegeben für ein Strukturprojekt, das seinesgleichen sucht.

„Wir gehen als Land bei der Energiewende voran und werden bis 2023 ein Drittel der derzeit vorhandenen Leistung an Braunkohleverstromung vom Netz nehmen. Der Entwurf der Leitentscheidung zeigt einen Pfad auf, wie Abbau und Verstromung der Braunkohle auslaufen können“, erklärt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dietmar Brockes. Für die FDP-Landtagsfraktion müssen bei der Energiewende drei Ziele ins Gleichgewicht gebracht werden: Versorgungssicherheit für die Haushalte und die Wirtschaft, Bezahlbarkeit des Stroms und Umweltschutz.

Für eine gesicherte Energieversorgung bleiben Abbau und Verstromung von Braunkohle in Nordrhein-Westfalen bis zum gesetzlichen Abschlussdatum 2038 – möglichst schon 2035 – erforderlich. Mit der Leitentscheidung erhalten Anrainer im

Rheinischen Revier Klarheit, wie es mit den Umsiedlungen von Dörfern weitergeht. Die Umsiedlung der Merzenicher Ortschaft Morschenich, Tagebau Hambach, ist bergbaulich nicht mehr erforderlich. „Mit dem Fahrplan für die Umsiedlung der Dörfer endet die Unklarheit. Die Bewohner der Ortschaft Morschenich erhalten Wahlfreiheit, ob sie umsiedeln wie geplant oder am alten Ort verbleiben wollen“, betont Jörn Freynick, Sprecher für Landesplanung der FDP-Landtagsfraktion. Die Leitentscheidung sieht vor, dass der Abbau zunächst in unbewohnten Gebieten fortgesetzt wird. Zudem werden die Abstände der Abbaugrenzen zu den Ortsrändern vergrößert.

Nur gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern kann die große Herausforderung für das Rheinische Revier gemeistert werden. Bereits jetzt werden in 64 Städten Ideen für die Zukunft nach der Braunkohle gesammelt. Bis zum ersten Dezember 2020 hatten Einwohner zudem die Möglichkeit, den vorgelegten Entwurf zu kommentieren und Verbesserungsvorschläge zu machen. „Wir wollen aus der Jahrunderterausforderung eine Jahrhundertchance machen. Die immense Innovationskraft der 2,2 Millionen Menschen im Rheinischen Revier wird dabei helfen, den Wandel zu vollziehen“, unterstreicht Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Mit der Leitentscheidung werden auch Details der Renaturierung der Tagebaue festgezurrt. Der Hambacher Forst bleibt ebenso erhalten wie mehrere Waldgebiete an den Rändern des Tagebaus Hambach. Es ist das Ziel, das dortige Ökosystem wiederaufzubauen und einen Lebensraum für geschützte Tier- und Pflanzenarten zu bieten.

Nach der Auswertung des Beteiligungsverfahrens soll eine abschließende Entscheidung noch im Jahr 2021 getroffen werden. ■

FRANZISKA  
MÜLLER-RECHSchulpolitische Sprecherin  
der FDP-Landtagsfraktion

franziska.mueller-rech@landtag.nrw.de

# SCHULISCHE DIGITALISIERUNG IN NRW SCHREITET VORAN

Die FDP-Landtagsfraktion hat sich für die Legislaturperiode vorgenommen, die Schulen in NRW aus der Kreidezeit in die Digitalisierung zu führen. „Seit Regierungsübernahme haben wir viel angestoßen und die Finanzierung der Digitalisierung zu einem Schwerpunkt im Landeshaushalt gemacht. Der Nachholbedarf war sehr hoch, doch wir sind auf dem Weg mit unserer Schulministerin Yvonne Gebauer schon voran gekommen. Und wir haben auch für die nächsten Jahre noch viel vor“, sagt Franziska Müller-Rech, Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion.

Das Land hat allein im Jahr 2020 über 300 Millionen Euro mobilisiert, um die technische Ausstattung zu verbessern. 178 Millionen Euro wurden investiert, um Leihgeräte für Schüler bereitzustellen, die sich kein digitales Endgerät leisten können. Zudem stattet Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland seine Lehrerinnen und Lehrer mit Endgeräten aus. Das Land treibt auch den Anschluss der Schulen ans Glasfasernetz voran und ermöglicht Personal für den IT-Support. Müller-Rech: „Die Schulen benötigen eine gute digitale Infrastruktur, um die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ein eigenverantwortliches Leben in der digitalen Welt vorzubereiten. Digitale Lernformate bereichern den Unterricht und stärken die Medienkompetenz der Schüler. Sie ergänzen analoge Methoden, die aus heutiger Sicht unverzichtbar sind. In der Corona-Krise haben digitale Formate eine zusätzliche Bedeutung erhalten: Sie ermöglichen Distanzunterricht, wenn einzelne Lerngruppen etwa wegen Quarantäne-Maßnahmen nicht in der Schule lernen können.“

Digitales Lehren gehört noch nicht lange zur Lehrerbildung. Daher ist es für die FDP-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen, Lehrerinnen und Lehrern schnell die notwendigen Fortbildungen zu ermöglichen, um den Unterricht mit digitalen Methoden auch qualitativ abzusichern. Dafür stellt das Land im Haushalt 2021 zusätzlich 5,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Um die Jugendlichen bestmöglich auf ihre Zukunft vorzubereiten, führt das Land ab dem Schuljahr 2021/2022 das Pflichtfach Informatik ab der 5./6. Klasse ein. Alle Schülerinnen und Schüler sollen Grundkenntnisse im Programmieren erlangen und den Umgang mit den neuen Medien erlernen. „Die Digitalisierung ändert unser tägliches Leben. Wir müssen unsere Kinder bestmöglich auf diesen Wandel vorbereiten. Alles andere wäre verantwortungslos“, erklärt Franziska Müller-Rech.

Ein wichtiger Schritt, digitale Angebote in die Fläche zu tragen, ist die Schulplattform LOGINEO NRW. „Dieses Jahr haben wir mit LOGINEO NRW eine wegweisende Plattform an den Start gebracht, die für Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler gleichermaßen nützlich ist“, erläutert Müller-Rech. Das System beinhaltet neben einer dienstlichen E-Mail-Funktion, einem Cloud-Speicher, einem Daten-Safe und einem Terminkalender auch ein Lernmanagementsystem auf der Basis von Moodle und einen Messenger. Ende Januar wurde ein Videokonferenzsystem integriert. Damit hat NRW die umfassendste Lernplattform aller Bundesländer. Schon über 1.500 Schulen nutzen das Hauptsystem. Das Land NRW sichert mit über 36 Millionen Euro den dauerhaften Betrieb der Anwendungen. ■

# Klima

## mit technischem Fortschritt schützen

**Klimaschutz und Wirtschaft sind kein Widerspruch.**  
**Das Wirtschafts- und Energieland Nummer 1 in Deutschland setzt sich im neuen Klimaschutzgesetz ambitionierte Klimaziele und bringt das erste Klimaanpassungsgesetz auf den Weg. Der Landtag wird die Gesetzentwürfe in den kommenden Monaten beraten.**

„Nordrhein-Westfalen geht beim Klimaschutz aktiv voran und baut seine Vorreiterrolle zunehmend aus“, sagt Dietmar Brockes, Sprecher für Industrie und Energie der FDP-Landtagsfraktion. So wurden bis 2019 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 38,3 Prozent gegenüber 1990 gesenkt – damit liegt NRW deutlich vor dem grün regierten Baden-Württemberg und ist sogar besser als der Bund. Der Entwurf für das Klimaschutzgesetz sieht vor, die Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen und setzt darüber hinaus ein ehrgeiziges Zwischenziel. „Um weiter auf Erfolgskurs zu bleiben, sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent reduziert werden“, erläutert Brockes. „Dabei bleiben wir unserem Ansatz treu, technologieoffene Lösungen zu nutzen und Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen.“

Energie- und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart betonte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes: „Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zum modernsten und umweltfreundlichsten Industriestandort Europas zu entwickeln und das 55 Prozent-Ziel bis 2030 sogar zu übertreffen.“

Für die FDP-Landtagsfraktion ist wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen bei den Schritten zur Transformation unseres Landes und der Wirtschaft informiert und mitgenommen werden. Denn ohne Akzeptanz sind Zukunftsaufgaben nicht lösbar.

Mit dem bundesweit ersten Klimaanpassungsgesetz werden alle politischen Ebenen beim Klimaschutz ins Boot geholt. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sollen künftig bei allen politischen Entscheidungen und Planungsvorhaben einen Klimaanpassungs-Check vornehmen. Das Instrument ähnelt dem „Bürokratie-TÜV“, den die Freien Demokraten schon vor Jahren gefordert und mit der Entfesselungsoffensive in NRW auch schrittweise eingeführt haben. ■

### NORDRHEIN-WESTFALEN GEHT BEIM KLIMASCHUTZ VORAN:

Beim mit Akzeptanz betriebenen **Ausbau der Windenergie** steht Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich **auf Platz 1**. 2020 wurden Anlagen mit einer Leistung von 314 Megawatt neu installiert.

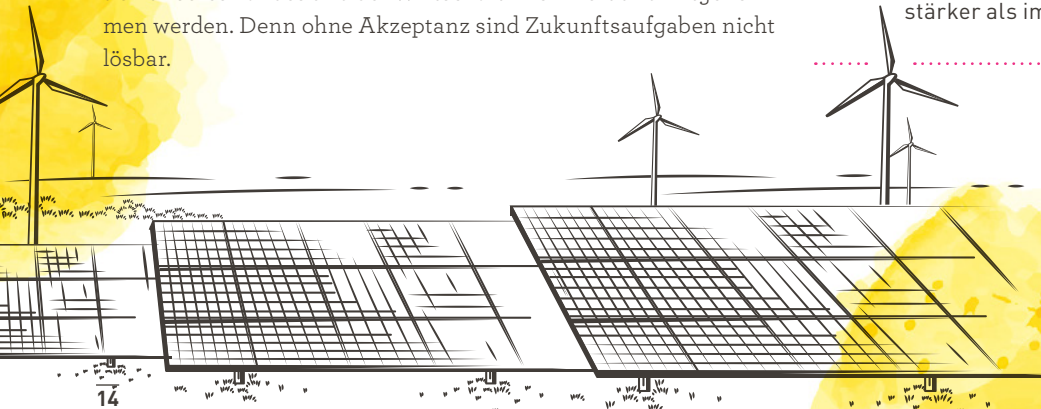
Bei der **Photovoltaik** belegt das Land mit neu installierter Leistung in Höhe von 479 Megawatt im Jahr 2019 bundesweit **Platz 2**.

Von 1990 bis 2019 gingen die **Treibhausgas-Emissionen** in Nordrhein-Westfalen **um 38,3 Prozent zurück** und damit deutlich stärker als im Bund (35,7 Prozent).



**DIETMAR BROCKES**

Sprecher für Industrie  
und Energie der FDP-Landtagsfraktion  
[dietmar.brockes@landtag.nrw.de](mailto:dietmar.brockes@landtag.nrw.de)



## LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // VEREINE

## Vereine und Ehrenamt durch Steuerabzug von Mitgliedsbeiträgen stabilisieren

Die Corona-Pandemie wird für Vereine mehr und mehr zur Belastungsprobe. Denn viele Menschen kündigen ihre Vereinsmitgliedschaft. Gerade in der Jugendarbeit drohen Strukturen dauerhaft wegzubrechen. Um die Strukturen gemeinnütziger Vereine zu sichern und die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, will die FDP-Landtagsfraktion die Mitgliedsbeiträge für die Corona-Jahre 2020 und 2021 steuerabzugsfähig machen. „Wir sind davon überzeugt, dass auch kleinere finanzielle Anreize den Mitgliederbestand stabilisieren können“, erläutert Ralf Witzel, finanzpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. ■

## LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // WOHNRECHT

## Das Einfamilienhaus hat Zukunft



Einige Spitzenvertreter der Grünen führen einen rhetorischen Feldzug gegen Wohneigentum und besonders gegen Einfamilienhäuser. Die FDP-Landtagsfraktion lehnt diese Einmischung in Lebensentwürfe von Menschen ab und setzt weiterhin auf die Förderung von Mietwohnungsbau und Wohneigentum. Jeder soll so leben können, wie sie oder er es gerne möchte. „Gerade jungen Familien, die oftmals keine Gelegenheit haben, das nötige Vermögen für den Erwerb von Wohneigentum aufzubauen, soll über die Schwelle geholfen werden“, erklärt Stephen Paul, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. ■

## LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // AUSBILDUNG

## Jungen Menschen auch in der Pandemie eine Ausbildungsperspektive geben



Die Corona-Pandemie darf nicht zu Lasten der Chancen von jungen Menschen gehen. Die FDP-Landtagsfraktion fordert Unternehmen und Bildungseinrichtungen daher auf, flexibel und kreativ zu sein, wenn es um Praktika oder Hospitationsangebote geht. „Solche Schnupperangebote sind von zentraler Bedeutung bei der Berufsauswahl. Deshalb brauchen wir pragmatische Lösungen: Sollte ein Betriebspraktikum aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallen sein, sollen alle betroffenen Schülerinnen und Schüler die Chance erhalten, es nachzuholen“, erklärt die Sprecherin für schulische Berufs- und Weiterbildung der FDP-Landtagsfraktion, Martina Hannen. ■

## LANDTAGSFRAKTION

MELDUNG // PRÄVENTION &amp; HILFEN

## Präventionsmaßnahmen für Sexarbeitende stärken

Die FDP-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass Sexarbeitende Zugang zu Präventions- und Hilfsangeboten erhalten. Ein Sexkaufverbot, wie es am schwedischen Beispiel auch in Deutschland diskutiert wird, lehnt die Fraktion ab, weil Sexarbeit dadurch nicht verschwindet, die Betroffenen aber für Angebote nicht mehr erreichbar sind. „Wir müssen Streetworking-Projekte unterstützen und den Ausbau von niedrigschwelligen und ergebnisoffenen Fachberatungsstellen und Konzepten zur Unterstützung von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern fördern. Begleitend dazu muss es Informations-, Aufklärungs- und Ausstiegsprogramme geben“, betont Susanne Schneider, gleichstellungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. ■



**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** hat sich in ihrem gesamten politischen Leben immer für die Grundrechte, gegen Diskriminierung und für den gelebten Respekt allen Menschen gegenüber eingesetzt. Sie war 23 Jahre lang für die FDP Mitglied des Deutschen Bundestages und zweimal, von 1992 bis 1996 sowie von 2009 bis 2013, Bundesjustizministerin. Seit 2019 ist sie die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen. Die gebürtige Mindenerin ist Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung und Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes.

## FRAGEBOGEN:

# Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

LANDESVERBAND

FRAGEBOGEN

**Wie sieht Ihre Arbeit als Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW genau aus?**

**Leutheusser-Schnarrenberger:** Schwerpunkte meiner Tätigkeit sind die Bereiche Prävention, Projektunterstützung und eine jährliche Berichterstattung, in die auch Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus den von mir beauftragten Studien einfließen. Ich bin auch Ansprechpartnerin für Betroffene, die sich wegen antisemitisch motivierter Vorfälle an mich wenden und denen ich versuche zu helfen.

**Wie entwickelt sich der Antisemitismus in Deutschland?**

Leider gibt es eine Zunahme des Antisemitismus. Die blutige Tat 2019 in Halle oder die aktuellen Taten in diesem Jahr sind dabei traurige Höhepunkte. Generell ist Antisemitismus ein breites Phänomen, dem es deshalb auch gesamtgesellschaftlich täglich zu begegnen gilt. Deshalb unterstütze ich verschiedene Projekte der Zivilgesellschaft.

**Worin sehen Sie eine besondere Herausforderung?**

Viele antisemitische Taten werden nicht zur Anzeige gebracht oder bewegen sich unterhalb der strafrechtlichen Grenzen. Dennoch brauchen die Betroffenen Ansprechpartner und wir müssen dieses Dunkelfeld aufhellen. In NRW hat der Landtag die Einrichtung einer Meldestelle Antisemitismus nach RIAS-Vorbild in Berlin und Bayern beschlossen, die jetzt maßgeblich im Ressort von Minister Joachim Stamp umgesetzt wird.

**Hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf Ihre Arbeit?**

Ja, eindeutig. Einerseits können einige geplante Projekte in Schulen und öffentliche Veranstaltungen nicht stattfinden, andererseits erleben wir im Kontext der aktuellen Demonstrationen eine Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmaythen in neuen Chiffren.

**Zum Abschluss: Was stimmt Sie zuversichtlich?**

Der Stellenwert des Festjahres „1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in 2021 zeigt, dass es eine breite Mehrheit in der Zivilgesellschaft gibt, die aktiviert werden kann, um Antisemitismus zu begegnen. Es gibt viel bürgerliches Engagement, das die negativen Seiten wie die antisemitischen Gewalt- und Hetztaten überwiegt. ■



[fdp.nrw/liberal.nrw](http://fdp.nrw/liberal.nrw)

[fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw](http://fdp.fraktion.nrw/liberal.nrw)

Oder folgen Sie uns auf Social-Media-Kanälen.



Youtube

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Facebook

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Twitter

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)



Instagram

[Landesverband](#)

[Landtagsfraktion](#)